



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21881-23
Fernschreiber 0886890

B/KDD/17 - 21. Januar 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

Gomułka bestätigt	S. 1
Unterstützung für Kollet	S. 3
Der Kanzler und sein Minister	S. 5
Sorgen unserer Studenten	S. 7

Polnischer Realismus

ier. - Die Welt wird ihr Bild von "der Romantik des polnischen Volkes" einer Revision unterziehen müssen. Die romantische Veranlagung hatte die Polen in ihrer leidvollen Geschichte wiederholt in durchbare, die Existenz des Volkes bedrohende und den polnischen Staat auslöschende Katastrophen verstrickt, aber die Lebenskraft dieses zähnen und tapferen Volkes konnte zwar schwer angeschlagen, doch nie ganz gebrochen werden. Immer wieder fand es der Mut und die Mittel zur Selbstbehauptung, wusste es sich neu unter den widrigsten Umständen zu etablieren. Mit den Wahlen vom letzten Sonntag hat Polen eine neue gefährliche Klippe umgangen, hat es einen bedeutenden Schritt Weges auf dem Wege zur Erlangung der Freiheit zurückgelegt. Der realistische Sinn der Polen, ein Produkt schmerzlicher Erfahrungen und bitterer Erkenntnisse, hat erneut eine Probe bestanden.

Es waren dies die ersten Wahlen seit einem Jahrzehnt, die in verhältnismäßiger Freiheit stattfanden und denen die Kennzeichen einer einseitigen, durch Gewalt und Terror erpressten Willensäußerung fehlten. Die Versuchung, zehn Jahre lang aufgebaute Gefühle der Enttäuschung und Unterdrückung durch Gewalttätigkeiten oder durch einfaches Fortbleiben von der Wahl freien Lauf zu geben, schien gross; die 18 Millionen polnische Wähler widerstanden ihr. Auch liegt kein

21. 1. 1957

endgültiges Ergebnis vor, aber als Tatsachen stellen sich schon heraus: Eine überraschend grosse Wahlbeteiligung - etwa 90 Prozent -; das Ausbleiben von Unruhen; die Befolgung des beschwörenden Appells Gomułkas, die Stimmzettel unverändert abzugeben - verhältnismässig wenige Wähler machten von der Freiheit, Kandidaten zu löschen, Gebrauch - und damit die Stärkung Gomułkas als eines Faktors der polnischen Politik, den die Sowjetunion nunmehr zur Kenntnis nehmen muss.

In Sejm, dem neuen polnischen Parlament, sind die Stalinisten nicht mehr vertreten. Dafür sorgte schon der Druck von unten bei der Aufstellung von Kandidaten. Der Sejm wird auch kein Exekutivorgan der Regierung mehr sein. Er setzt sich aus Männern und Frauen zusammen, deren entscheidendes politisches Erlebnis die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus war. Sie bezeichnen sich in der Mehrheit zwar noch als Kommunisten, aber als Kommunisten, die die sowjetische Vorherrschaft ablehnen und einen "eigenen Weg" beschreiten wollen. In vielen Fragen der Theorie und der Praxis blicken sie sogar weiter als die jugoslawischen Titoisten.

Gomułka und seine Politik wurden durch diese Wahl bestätigt. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Polens hat das Mandat erhalten, das ihn befähigen kann, auch die Restbestände der stalinistischen Epoche in Polen zu beseitigen. In dem natürlichen, jedem Volk angeborenen Streben nach Freiheit und nach Sicherung der Menschenwürde haben die Polen nicht nach den Sternen gegriffen. Das hätte zu unüberschaubaren Verwicklungen geführt. Vor dem geistigen Auge des polnischen Wählers stand, als er die Liste in den Wahlkasten warf, das unglückliche Los Ungarns. Dies diktierte seine Wahlentscheidung. Er wollte nicht den polnischen Stalinisten die provokative Möglichkeit eines Hilferufs an die im Lande stationierten sowjetrussischen Truppen geben.

Polen hat mit dem letzten Sonntag für die Welt den Beweis erbracht, dass es wohl möglich ist, sich vom Griff des Kreml zu lockern, ohne dabei die Realität der Nachbarschaft mit den gewaltigen östlichen Nachbarn zu überschauen. Das wird seine Rückwirkungen auf die künftige Gestaltung Europas und seine Beziehungen zur Sowjetunion haben.

Paris hält an Mittelostpolitik fest

1.0. Mitte Januar, Paris

Es mag erstaunlich klingen: dass in London der erzkonservative Harold Macmillan Premierminister wurde, stellt für Frankreichs sozialistischen Ministerpräsidenten Guy Mollet eine Unterstützung dar. Sogar der verletzte Stolz Englands, der es schwer überwindet, dass ein britischer Premier, Sir Anthony Eden, abtreten musste, weil er sich den USA gegenüber nicht durchsetzen konnte - und in Washington war - ist für Mollet eine politische Stütze. Denn beide, England wie Frankreich, sind aus dem Mittelostspiel der USA ausgeschlossen, und dies ist gemeinsam zweifellos leichter zu ertragen.

Als Außenminister Christian Pineau, Sozialist wie Mollet, am 15. Januar von seiner jüngsten Reise zurückkehrte, die ihn nach New York zu den Vereinten Nationen und nach Washington zum Außenminister John Foster Dulles geführt hatte, brachte er nicht allzuviel Erfreuliches mit. Ganz öffentlich hatte Dulles ausgedrückt, Amerika werde seine Mittelost-Politik allein betreiben, da ein "Mitnehmen" Englands und Frankreichs in diesem Falle nicht nur eine Belastung darstellen, sondern die Chancen des Kommunismus in diesem Gebiet erhöhen würde. Die Franzosen zogen daraus den Schluss, dass die USA beide Nationen nicht mehr als Verbündete ansehen, sobald es um den Mittelosten geht.

Dieser Schluss lag nahe. Denn in Wirklichkeit waren es England und Frankreich gewesen, die vor ihren Suez-Abenteuer die Meinung des amerikanischen Verbündeten einzuholen vergassen, und so konnten sie sich nicht wundern, dass Washington den entsprechenden Grad von Vergesslichkeit zeigte, als die sogenannte Eisenhower-Doktrin verkündet werden sollte. Eisenhower und Dulles konsultierten weder London, noch Paris. Beide waren nun Leidgenossen geworden, und beide hegten den in solchen Fällen üblichen Groll. Mehr noch, sie fragten sich - und besonders wurde die Frage in Paris gestellt - ob für Washington wirklich ausschließlich politische Motive massgebend waren oder ob bei der Mittelost-Politik der USA nicht auch starke Geschäftsinteressen mitspielten.

Dafür nämlich, dass man im November den Suezfeldzug begonnen hatte, ohne die USA zu informieren, boten französische Politiker gewisse Er-

klärungen an. Sie sagten, dass seit Beginn der Unterhandlungen, die in vorigen Jahre über die Suezfrage geführt wurden, Ägyptens Diktator Nasser erstaunlich gut über alles unterrichtet war, was Sir Anthony Eden und Guy Mollet planten; sie gaben zu verstehen, dass diese gute Unterrichtung dem Obersten Nasser direkt auf den Tisch gelegt wurde, und dass dies durch den damaligen amerikanischen Botschafter in Kairo geschh. Zwar ist dieser Diplomat inzwischen nach Südafrika versetzt worden. Man wäre aber weder in London, noch in Paris ganz sicher gewesen, ob es anging, Washington von dem beabsichtigten Angriff auf den Suezkanal zu informieren.

Ob diese Behauptungen richtig sind oder falsch, spielt heute kaum noch eine praktische Rolle. Aber sie zeigen, dass der wirkliche Beginn der Mißstimmung bereits im Herbst vorigen Jahres zu suchen ist. Seit damals ist das französisch-britische Verhältnis besonders gut; niemals aber war es nach dem ersten Weltkrieg so vorzüglich wie jetzt nach Edens Abtritt von der diplomatischen Bühne. Vieles spricht für die Annahme, dass Mollet und Macmillan die Verhältnisse im Mittelosten ziemlich gleichartig beurteilen, ja dass auch beide dieselben Befürchtungen hegen. Sie beziehen sich auf die Folgen, die nach französischer Meinung aus der amerikanischen Haltung entstehen können.

Denn nach französischer Auffassung - wenigstens soweit die Auffassung der Regierung in Frage kommt - wird Amerikas Politik zu immer neuen, gesteigerten Forderungen Nassers führen, dem es nicht schwer fallen wird, weiterhin und in steigendem Masse Washington gegen Moskau, und Moskau gegen Washington auszuspielen. Es heisst, dass diese Meinung auch in der Umgebung Macmillans zahlreiche Anhänger hat, sodass auch hierin Frankreich nicht alleinsteht.

Ebenso rechnet man in Paris damit, dass die kritische Vertretung bei den Vereinten Nationen den französischen Standpunkt unterstützt wird, sobald dort das grosse Sorgenkind Frankreichs, das Algerien-Problem, zur Debatte steht. Dies wird bereits in naher Zukunft der Fall sein, und Pineau hat sich in Washington bemüht, eine eindeutige Stellungnahme der USA herbeizuführen. Es scheint, dass seine Unterredung mit John Foster Dulles diese Klärung nicht, oder nur in ungenügender Masse erreichen konnte. Auf die kritische Unterstützung aber glaubt man rechnen zu dürfen, obwohl die Londoner Regierung vermutlich ge-

wisse Rücksicht auf die Auffassung Indiens zu nehmen hat. Und Indien steht in diesem Falle eindeutig auf der Seite der klagenden Araber.

Auch eine Niederlage vor den Vereinten Nationen in der Algerienfrage wird jedoch Mollat nicht zu einer Änderung seiner Mittelostpolitik veranlassen. Wenn es etwas gibt, das in Frankreich die Regierung Mollat "populär" macht, so ist es die steife Haltung in eben dieser Frage, und es scheint, dass sie seit Macmillans Amtsübernahme an Unbeugsamkeit noch zugenommen hat.

- + +

Samstagsreden

sp.- Es gibt gewisse Primitivitäten in Samstag- oder Sonntagreden von Ministern, auf die einzugehen sich oftmals die Feder sträubt. Trotzdem muss es der gewissenhafte politische Chronist tun.

Adenauer meinte vor der Jungen Union in Königstein, die SPD habe überhaupt kein Programm und wenn die Gewerkschaften wirklich neutral wären, dann wäre es mit der SPD "schon längst zu Ende".

Mit der erneuten Anrempelung der Gewerkschaften werden sich diese selbst auseinanderzusetzen haben. Aber anscheinend hat der alte Kanzler wieder einmal in Geschichtsbüchern geblättert, ohne das darin Gelesene zu verstehen. Bismarck meinte auch einmal, mit der SPD wäre es "schon längst zu Ende". Etwas später sagte Wilhelm II. dasselbe. Als dann der Wilhelm zu Ende war, die SPD aber nicht, blieb es eine Weile ruhig. Dann kam Adolf der Hitler. Auch er und sein Propagandachef Goebbels meinten, es sei mit der SPD "zu Ende." Hitler und Goebbels waren zu Ende, die SPD aber nicht. "Zu Ende" waren dagegen das Zentrum, die Volkspartei, die Mittelstandspartei, die Aufwertungspartei und wie sie alle geheißen haben mögen. Als 1946 die demokratischen Parteien wieder aktiv werden konnten, zeigte sich, dass nur eine politische Partei Deutschlands nicht "zu Ende" war: die SPD. Alle anderen waren von der Bildfläche verschwunden, und wenn sich der eine oder andere ihrer alten Exponenten noch einmal politisch hervorwagte, dann mit einem neuen Firmenschild, hinter den sich die alte Gesellschaft verbarg. Nur die SPD konnte mit Anstand und offener

Wieder wieder vor das deutsche Volk treten und von Wahl zu Wahl ihren Einfluss verstärken.

Ob das daran liegt, dass sie kein Programm hat oder dass sie "schon längst zu Ende" ist ? +

Herr von Brentano, der bundesrepublikanische Aussenminister, hat sich auch bei der Jungen Union in Königstein produziert. Der sonst als sehr seriös geltende Mann scheint neuerdings das Niveau der ernstzunehmenden Argumentation verlassen zu wollen. Köhn behauptete er, die verstärkte Kritik an der Politik der Bundesregierung sei darauf zurückzuführen, dass es dem deutschen Volke einfach zu gut gehe.

Zugegeben, den Deutschen in der Bundesrepublik geht es zur Zeit nicht schlecht. Sie leben im Sog einer allgemeinen Weltwirtschaftskonjunktur, deren Auswirkungen auch im westlichen Teil Deutschlands spürbar sind. Wenn Herr von Brentano aber vom "deutschen Volk" spricht, dann wollen wir uns wenigstens daran erinnern, dass es jenseits des Eisernen Vorhanges noch 20 Millionen Deutsche gibt, denen es nicht gut geht. Es ist aber immerhin bezeichnend, dass der bundesrepublikanische Aussenminister für den Begriff "Deutsches Volk" jene Sprachregelung übernimmt, die man sonst nur in amerikanischen, englischen und französischen Zeitungen findet. Auch dort schreibt man häufig von "Deutschland", während man eigentlich nur die Bundesrepublik meint...

Aber lassen wir das: Nach Meinung des Herrn von Brentano scheint die Bevölkerung eines Landes nur deshalb zur Kritik an seiner Regierung aufgelegt zu sein, wenn es ihr relativ gut geht. Das ist eine merkwürdige Voraussetzung für den Gebrauch demokratischer Freiheit. Oder wollte Herr von Brentano damit sagen, dass das selbständige Denken aufhören soll, wenn man sich einen Kühlcrank als Zeichen des äusseren Wohlergehens kaufen kann ?

Die Sache hat nicht hin. Unseren Herrn Ministern wäre zu empfehlen, ihre Samstagreden besser vorzubereiten; auch wenn sie nur vor der Jungen Union sprechen.

Praktikantenaustausch

D.Str. Während im Plenum des Bundestages die Rentenschlacht tobte und die Blicke der deutschen Publizistik auf das Bundeshaus gerichtet waren, fand vor einigen Tagen in Bad Godesberg ein Empfang statt, der delegierte des sogenannten Internationalen Praktikantenaustauschdienstes (IAESTE), zu seinem zehnten Kongress vereinigte. Die deutsche, 1950 gegründete Sektion dieser Praktikanten-Austausch-Organisation gehört zum Deutschen Akademischen Austauschdienst, dessen generelle Aufgabe es ist, ausländische Studenten, die ein Stipendium in Deutschland erhalten haben, zu betreuen, sowie bei Auslandsstipendien deutscher Studenten behilflich zu sein. Die Praktikantenorganisation hingegen hat eine mehr praktische Aufgabe, nämlich den Austausch von solchen Studenten zu fördern, die als Praktikanten in deutschen Industriebetrieben arbeiten sollen. Selbstverständlich werden auch deutsche Praktikanten in die europäischen Länder sowie nach Amerika gehen, um dort die auf der Universität gesammelten Erfahrungen an Maschine und Werkbank zu praktizieren. 1956 haben 1 295 deutsche Studenten in 20 Ländern gearbeitet (allein in Schweden 455), während 1 220 Ausländer von 527 westdeutschen und westberliner Firmen aufgenommen wurden. Damit rückte Westdeutschland aber auch an die Spitze der 20 Mitglieder der IAESTE überhaupt. Die Gesamtorganisation tauschte auf internationaler Ebene seit 1950 insgesamt 26 512 Studenten aus.

Aus diesen Darlegungen ergibt sich, dass der Praktikantenaustausch in der Hauptsache sich auf naturwissenschaftliche und technische Universitätsfächer beschränkt, während die Geisteswissenschaften nicht berücksichtigt werden. Der Deutsche Akademische Austauschdienst hingegen hat sich jedoch zur Aufgabe gemacht, die Studenten der Geisteswissenschaften mit Hilfe von Stipendien auszutauschen. Das ist jedoch nicht identisch mit der Auswechslung von Praktikanten. Es scheint uns angebracht, dass der internationale Praktikantenaustausch auch auf die Geisteswissenschaften ausgedehnt wird. Es ist durchaus vorstellbar, dass z.B. Studenten der Philologie mit ihren verschiedenen Fachrichtungen und auch die der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultäten ausgetauscht werden, und zwar als Praktikanten in Schulen, Gerichten oder Verwaltungen. Zwar kann der Student der Jurisprudenz die

21. 1. 1957

im Ausland erworbenen Rechtskenntnisse nur mittelbar verwenden, aber er erhält einen Einblick in die Methode der ausländischen Verfassung und rechtlichen Normen. Durch die Erweiterung des Praktikantenaustausches auf die Geisteswissenschaften wird eine Gefahr vermieden, die heute grosse Teile unserer Studentenschaft bedroht und die von SPD-Abgeordneten Fritz Erler mit der "Gefahr des Fachidiotentums" umschrieben worden ist.

Das bedeutet selbstverständlich eine intensivere finanzielle Stützung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und dessen speziellen Aufgabenbereiche. Zwar hat auch das Auswärtige Amt, wie wir hörten, für die I.A.E.S.T.E Mittel bereitgestellt, aber es kann nicht die Aufgabe eines Auswärtigen Amtes allein sein, eine solche reichhaltige Einrichtung zu unterstützen, sondern dazu bedarf es erheblicher Zuwendungen der Länder und des Bundes. Denn: Die zweite industrielle Revolution lässt sich nicht innerhalb der Bundesrepublik allein regeln, sondern sie hat auch oder gerade wertvolle Anregungen von aussen zu holen. Darum ist es erfreulich, dass das Hauptanliegen des Kongresses der I.A.E.S.T.E, die Ausdehnung des künftigen Austausches auf Asien durch die Teilnahme der entsprechenden Delegierten schon einen Schritt vorwärts gekommen ist. Wir möchten wünschen, dass dieser Zweig innerhalb des vielschichtigen internationalen Jugendaustausches noch eine grössere Unterstützung zuseil wird.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel